



**Klima
Allianz**
Deutschland



AWO

Bundesverband e.V.



caritas

Diakonie 
Deutschland

 **DER PARITÄTISCHE**
GESAMTVERBAND

FORDERUNGSPAPIER

Klimaschutz im Sozialbereich vorantreiben



Klimaschutz im Sozialbereich vorantreiben

Soziale Einrichtungen sind zentral für den Klimaschutz in Deutschland. Denn in den über 120.000 Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege liegt ein enormes Potential für einen spürbaren Beitrag zur Erreichung der deutschen Klimaziele. Vielerorts haben sich die Träger und Einrichtungen bereits auf den Weg zu einem klimaschonenden Wirtschaften gemacht.

Um das Potential jedoch zu heben, braucht es staatliche Unterstützung, denn gemeinnützige Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege haben in der Regel nicht die geeigneten Rahmenbedingungen, insbesondere nicht die finanziellen Möglichkeiten, für die notwendigen Investitionen. Dabei kommen Investitionen, die jetzt nicht getätigt werden, sowohl den Kostenträgern als auch sozialen Einrichtungen mittelfristig teuer zu stehen, beispielsweise durch steigende Heiz- und Stromkosten. Die Klima-Allianz Deutschland, Arbeiterwohlfahrt, Caritas Deutschland, Diakonie Deutschland und der Paritätische Gesamtverband rufen die Bundesregierung daher dazu auf, die bedeutenden sozial-ökologischen Synergien zu realisieren und die richtigen Rahmenbedingungen für Klimaschutz-Investitionen in der Freien Wohlfahrtspflege zu schaffen.

1. Investitionsprogramm für Freie Wohlfahrtspflege auflegen

Ambitionierter Klimaschutz in der Freien Wohlfahrtspflege ist nur mit einem passgenauen Investitionsprogramm möglich. Die aktuellen Förderprogramme für Klimaschutz gehen jedoch zumeist an den Bedarfen sozialer Einrichtungen vorbei. Für gemeinnützige Organisationen, die nur eingeschränkt Eigenkapital und Rücklagen bilden können, sind die Förderquoten in den meisten Fällen viel zu gering. Die bisherigen Gesamtfördersummen reichen darüber hinaus nicht annähernd aus, um die Investitionen umzusetzen, die zur Erreichung der nationalen Emissionsreduktionsziele in der Freien Wohlfahrtspflege notwendig sind. Nicht zuletzt stehen derzeit administrative Hindernisse, beispielsweise durch lange Bearbeitungszeiten von Anträgen, einer effektiven und effizienten Umsetzung von Klimaschutz-Maßnahmen im Weg.

Wir fordern:

- ein spezielles Klima-Förderprogramm für die Freie Wohlfahrtspflege, das für alle gemeinnützigen sozialen Einrichtungen zugänglich ist, bei dem die Antragsbearbeitung beschleunigt wird und das möglichst ohne Eigenanteile ausgestaltet ist. Dieses Programm sollte darauf ausgerichtet sein, alle Maßnahmen zu fördern, die CO₂-Emissionen einsparen und zum Ziel der Klimaneutralität in der Freien Wohlfahrtspflege beitragen. Es sollte für Investitionen in den relevanten

Bereichen, wie z.B. Gebäude, Mobilität, Energieerzeugung, gelten. Eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung von Klimaschutz in sozialen Einrichtungen ist die Stärkung personeller Kapazitäten, die öffentlich gefördert werden muss.

2. Sanierungen von Sozialimmobilien fördern

Angesichts von mehr als 100.000 Gebäuden kann die energetische Sanierung in der Freien Wohlfahrtspflege einen spürbaren Beitrag zu den nationalen Klimazielen leisten. Zugleich machen die Anpassungen an den Klimawandel energetische Sanierungsmaßnahmen notwendig, um die Menschen in sozialen Einrichtungen vor den gesundheitlichen Risiken zunehmender Hitze besser zu schützen. Der Umbau zu energetisch effizienteren Gebäuden und das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands ist jedoch nur mit massiven öffentlichen Investitionen zu erreichen.

Wir fordern:

- ein eigenständiges, den Besonderheiten sozialer Träger angepasstes Förderprogramm im Gebäudebereich
- eine Förderung des Umstiegs auf klimaneutrales Heizen mit deutlich geringeren Eigenanteilen für soziale Träger als es derzeit in der Bundesförderung für effiziente Gebäude geregelt ist
- Empfehlungen und Leitlinien für Sozialimmobilien (z.B. Pflegeheime, betreutes Wohnen und besondere Wohnformen, Kindertagesstätten) im Rahmen des deutschen Gebäuderenovierungsplans. Diese müssen in Verhandlungen zur Finanzierung sozialer Angebote für Kostenträger als verbindliche Grundlage gelten, damit die Refinanzierung gesichert ist. Eine analoge Regelung gilt es für die Vorgabe der Gebäuderichtlinie zu treffen, nach der neue Gebäude ab 2030 Null-Emissions-Gebäude sein müssen.

3. Erzeugung von erneuerbaren Energien erleichtern

Ein großer Teil der Immobilien in der Freien Wohlfahrtspflege eignet sich für die Erzeugung und den Eigenverbrauch von erneuerbaren Energien, insbesondere aus Photovoltaik-Anlagen. Investitionen in erneuerbare Energien scheitern jedoch häufig an rechtlichen und finanziellen Hürden.

Wir fordern:

- dass sämtliche Erzeugung von erneuerbaren Energien zum Zweckbetrieb von Einrichtungen nicht zum Verlust der Gemeinnützigkeit führt. Hier bedarf es einer Klarstellung der Finanzbehörden.

- einen bundesweiten Solarstandard für Gebäude und versiegelte Flächen, der im Rahmen eines Solarpakets II umgesetzt werden sollte. Einige Bundesländer haben bereits eigene Regelungen etabliert, EU-weit soll ab 2026 ein Solarstandard über die Gebäuderichtlinie stufenweise eingeführt werden. Einheitliche, bundesweite Bedingungen sorgen dafür, dass urbane Räume umfassend für den Ausbau der Solarenergie herangezogen werden, was eine breitere Teilhabe an der Energiewende ermöglicht. Zur Erfüllung des Solarstandards in der Freien Wohlfahrtspflege sollen spezielle Förderprogramme zur Verfügung stehen – etwa zinslose Kredite der KfW.
- Zusätzlich sollen gemeinnützige Organisationen, die eigene Fahrzeugflotten oder andere gemeinnützige Organisationen mit selbst produziertem Strom aus regenerativen Energien versorgen, von der Stromsteuer befreit sein.

4. Finanzpolitische Weichen für mehr Klimaschutz stellen

Die Transformation zur Klimaneutralität in der Freien Wohlfahrtspflege erfordert erhebliche öffentliche Investitionen. Um diese – ebenso wie die Kosten der sozial-ökologischen Transformation insgesamt – zu leisten, braucht es grundlegende Veränderungen für eine zeitgemäße und nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik, die Spielräume für langfristige Investitionen schafft.

Wir fordern:

- eine Reform der Schuldenbremse,
- eine sozial-ökologische Reform des Steuersystems sowie
- eine stärkeres Heranziehen sehr großer Vermögen und Erbschaften für eine solidarische Finanzierung der Anstrengungen.

Folgende Verbände stehen hinter diesen Forderungen:

- Klima-Allianz Deutschland
- AWO Bundesverband
- Deutscher Caritasverband
- Diakonie Deutschland
- Paritätischer Gesamtverband

Kontakt

Klima-Allianz Deutschland e.V.

Invalidenstr. 35, 10115 Berlin

Website: klima-allianz.de

Instagram, X: @klima_allianz

Für inhaltliche Rückfragen:

Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit

daniel.eggstein@klima-allianz.de

Für Presseanfragen:

Julia Riley-Dittmann, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 030/780 899 514, Mobil: 0172/298 4269

presse@klima-allianz.de

Berlin, September 2024

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages